Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	17.10.2023	öffentlich
Finanz- und Personalausschuss	24.10.2023	öffentlich
Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss	25.10.2023	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	02.11.2023	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen im Regierungsbezirk Detmold

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beschlussvorschlag:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss, der Finanz- und Personalausschuss und der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Zwecke der Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz zum 01.01.2024 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Kreisen im Regierungsbezirk Detmold zu schließen.

Begründung:

Bis Mitte der 90er Jahre wurden die Heilpraktikerüberprüfungen in eigener Zuständigkeit des Gesundheitsamtes Bielefeld durchgeführt.

Zu diesem Zeitpunkt wurde bereits darüber diskutiert, ob es aus Gründen einer Gleichbehandlung aller Heilpraktikeranwärter*innen eine landesweite zentralisierte Überprüfung durch ein dafür bestimmtes Gesundheitsamt eines Kreises bzw. einer kreisfreien Stadt geben sollte. Diese landesweite Zentralisierung ist jedoch aus verschiedenen Gründen nicht zustande gekommen. Allerdings wurde in Abstimmung mit dem damaligen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW vereinbart, dass eine Teilzentralisierung in der Form möglich ist, dass pro Regierungsbezirk ein Gesundheitsamt die Heilpraktiker*innenüberprüfungen durchführt.

Im Regierungsbezirk Detmold hat sich das Gesundheitsamt des Kreises Minden-Lübbecke zu der Durchführung der Überprüfungen bereit erklärt, so dass am 23.12.1996 erstmalig eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Minden-Lübbecke und den übrigen Kreisen im Regierungsbezirk sowie der Stadt Bielefeld zustande kam.

Nach dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung hat der Kreis Minden-Lübbecke seinerzeit sämtliche Aufgaben nach dem HPG i.V.m. der entsprechenden DurchführungsVO wahrgenommen und auch die dabei anfallenden Gebühren erhoben und vereinnahmt.

Der Kreis Minden-Lübbecke kündigte diese Vereinbarung zum 31.12.2011. Ab 01.01.2012 trat eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Köln in Kraft, dass dort die Überprüfungen inklusive Erlaubniserteilungen für die Kreise des gesamten Regierungsbezirks Detmold durchgeführt werden. Dafür hat die Stadt Köln einmal jährlich mit den einzelnen Kreisen abgerechnet.

Mit Schreiben vom 25.05.2023 kündigte die Stadt Köln ebenfalls diese Vereinbarung fristgerecht zum 31.12.2023. Sowohl der Kreis Minden-Lübbecke in 2011 als auch die Stadt Köln haben die öffentlich-rechtliche Vereinbarung aufgrund des sehr hohen Verwaltungsaufwandes gekündigt.

Die Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz (HPG) und der DurchführungsVO zum HPG sind damit ab dem 01.01.2024 wieder von den unteren Gesundheitsbehörden, also dem Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wahrzunehmen.

Mit Bekanntwerden der Kündigung folgten Gespräche zwischen den Gesundheitsverwaltungen in OWL mit dem Ziel, die Aufgabenwahrnehmung ebenfalls zentral durch eine Behörde weiterführen zu lassen. Diese Gespräche verliefen und blieben zunächst ergebnislos.

Nach Thematisierung der Herausforderung auf der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz am 21.06.2023 durch den Oberbürgermeister wurde das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt in der Lage sei, die Aufgabe für den Regierungsbezirk Detmold wahrzunehmen.

Das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt hat daraufhin auf Basis von Daten, Evaluation und Erfahrungen der Stadt Köln die voraussichtlichen Sach- und Personalkosten kalkuliert. Bei dieser vorläufigen Kosteneinschätzung wird von einem voraussichtlichen Mehraufwand von rund 220.000 € ausgegangen. Demgegenüber stehen voraussichtliche Erträge aus Gebühreneinnahmen und Umlagen der Kreise von rund 191.000 € mit einem voraussichtlich für die Stadt Bielefeld verbleibenden Eigenanteil von rund 29.000 €.

Auf Grundlage dieser Kostenkalkulation wurde das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt beauftragt, die Gesundheitsverwaltungen in den übrigen Kreisen des Regierungsbezirks Detmold hierüber zu unterrichten und das Angebot der Aufgabenübernahme durch die Stadt Bielefeld unter diesen – voraussichtlichen – Konditionen zu unterbreiten. Dies erfolgte unmittelbar am 16.08.2023 in einer Zoom-Konferenz.

Die beteiligten Gesundheitsverwaltungen begrüßten diesen Vorstoß. Inzwischen haben sämtliche Kreise ihre Absicht erklärt, diesem Angebot mit den vorläufigen Kosten unter Vorbehalt der Zustimmung der dortigen Gremien zuzustimmen.

Nach Auskunft durch das Rechtsamt vom 18.08.2023 hat nach § 41 Abs. 1 S. 2 Buchst. t) GO NRW der Rat über die Übernahme neuer Aufgaben zu entscheiden. Auch alle Aufgaben inklusive Pflichtaufgaben, die durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) auch für das Gebiet anderer Gemeinden übernommen werden, sind als „neue Aufgaben“ im Sinne dieser Vorschrift zu verstehen.

Es ist somit zunächst ein Grundsatzbeschluss des Rates erforderlich, mit dem dieser die Verwaltung beauftragt, dass eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Aufgabenwahrnehmung nach dem Heilpraktikergesetz in OWL abgeschlossen werden soll.

Eine mit den Kreisen in OWL zu schließende Vereinbarung wird sich an bisherigen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen orientieren. Dabei wird seitens der Verwaltung auch das Ziel verfolgt,

die Mitwirkung der Kreise in OWL zu berücksichtigen.

Durch die angestrebte interkommunale Zusammenarbeit werden signifikante Synergieeffekte geschaffen, eine Vereinheitlichung in der Aufgabenwahrnehmung der Heilpraktikerprüfungen in OWL sichergestellt und „Heilpraktikertourismus“ innerhalb von OWL vermieden.

Ausblick:

Im weiteren Verfahren ist seitens des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt zusammen mit dem Amt für Organisation geplant, eine abschließende organisatorische Einschätzung zum tatsächlich erforderlichen Umfang von Mehrpersonal bis spätestens 31.12.2023 zu erarbeiten. Dabei steht eine weitgehende Digitalisierung der Arbeitsprozesse sowie Onlinezugänge im Fokus.

Des Weiteren ist beabsichtigt, die notwendigen Mittel für dann tatsächlich erforderliche Personal- und Sachressourcen im dafür vorgesehenen Verfahren einer überplanmäßigen Nachbewilligung Anfang 2024 bereitzustellen und für den Haushalt 2025 vorzusehen.

Beigeordneter

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Martin Adamski